

Christian Löbel
Fraktionsvorsitzender

christian.loebel@die-linke-cadolzburg.de

0176 500 75 001

Fraktion DIE LINKE / ÖDP im Kreistag des Landkreis Fürth

An Herrn

Landrat Matthias Dießl

via E-Mail an landrat@lra-fue.bayern.de

Cadolzburg, 3. September 2023

Antrag der Fraktion DIE LINKE / ÖDP

Sehr geehrter Herr Landrat,

anbei übersende ich Ihnen folgenden Antrag zur Einführung eines Sozialtickets für den ÖPNV.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Löbel

Fraktionsvorsitzender

Anlagen

1 Antrag zur Einführung eines Sozialtickets für den ÖPNV

Antrag

Einführung eines Sozialtickets für den ÖPNV

Antragsteller:innen: Christian Löbel, Marie Schöttner

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Kreistag spricht sich für die Einführung eines Sozialtickets in Form eines vergünstigten Deutschlandtickets für den ÖPNV zum frühestmöglichen Zeitpunkt, aber spätestens zum 1.1.2025 im Landkreis Fürth aus.
2. Das Sozialticket soll für Leistungsbeziehende des Bürgergeldes, der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit, der wirtschaftlichen Jugendhilfe und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gelten. Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, die Möglichkeit zu prüfen, weitere vergleichbare Personengruppen, wie für Menschen mit geringem Einkommen, Familien mit vielen Kindern, miteinzubeziehen. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob auch Inhaber:innen der Ehrenamtskarte und der Jugendleiter:innen-Card in den Genuss der Vergünstigung kommen können.
3. Die Verwaltung wird aufgefordert, entsprechende Konzepte bis zum letzten Sitzungsblock des Jahres 2023 zu entwickeln und dem Kreistag zur Entscheidung vorlegen.
 - a) Dabei sind Modellrechnungen für ein Sozialticket aufzustellen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Anzahl der Nutzer*innen des ÖPNV durch das Sozialticket steigt und damit auch die Einnahmen für den Verkehrsträger.
 - b) Die Konzepte sollen so ausgerichtet sein, dass der o.g. Kreis von Anspruchsberechtigten diskriminierungsfrei in einem möglichst einfachen Verfahren, ein Sozialticket erwerben kann, das den monatlichen Preis von 29€ nicht übersteigt. Insbesondere ist eine Bonitätsprüfung zu vermeiden.

Begründung

Mobilität ist ein Grundrecht, das nicht vom Geldbeutel abhängen sollte! Mobilität ein entscheidender Faktor, um soziale Teilhabe zu ermöglichen, sowie oftmals Voraussetzung für die Teilnahme am Arbeitsmarkt. Deshalb müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit alle ihr Recht auf Mobilität wahrnehmen können. Hier ist auch der Landkreis Fürth in der Pflicht!

Viele von Armut betroffene Haushalte und Personen erleben deutliche Einschränkungen ihrer Mobilität. Da viele Betroffene jedoch auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind, um am kulturellen, sozialen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können, müssen seitens des Landkreises neue Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dies ist aus Sicht der Antragsteller:innen durch die Einführung eines Sozialticket auf Basis des Deutschlandtickets möglich.

Den durch ein vergünstigtes Deutschlandticket kann ein attraktives Ticket ohne Stigmatisierungseffekt angeboten werden.

Im Bürgergeld sind momentan höchstens 45,02 Euro für Mobilität vorgesehen. Alleine für das Deutschlandticket für 49 Euro reicht das nicht. Dabei müssen davon neben den Kosten für den ÖPNV auch alle anderen Mobilitätskosten getragen werden. Das ist unsozial und schließt Menschen aus.

Orientierungshilfe bei der Umsetzung kann das Beispiel der Stadt Nürnberg bieten, hier hat der Stadtrat bereits ein vergünstigtes Deutschlandticket als Sozialticket beschlossen.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.